

ZAHL DES TAGES

28.800

Menschen in Deutschland galten Ende 2024 als staatenlos, wie das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mitteilte. Als staatenlos werden Menschen bezeichnet, wenn kein Staat sie als Staatsangehöriger anerkannt hat. Festgestellt wird dies meist bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels oder eines Asylverfahrens.

KOMMENTAR

Zumindest einer hat es versucht



HAGEN EICHLER sieht Ruhegelder im ÖRR als Belastung für Jahrzehnte.

Mit einem harten Kürzungsprogramm hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) in diesem Jahr seine Ausgaben gesenkt. Um 22 Millionen Euro mussten die Kosten runter. Vor allem das Personal traf es, die Auswirkungen auf das Programm sind deutlich spürbar. Das ist die Lage, in der die RBB-Mitarbeiter nun erfahren, wie luxuriös die schon 2016 ausgeschiedene Programmdirektorin Claudia Nothelle bezahlt wird – und zwar bis an ihr Lebensende.

Der RBB ist im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) nicht der einzige Akteur, der seinen Führungskräften hohe Ruhegehalter mit unbegrenzter Laufzeit zugesagt hat. Auch der MDR zahlt für solche Verträge – Details bleiben verborgen, weil die Drei-

länderanstalt nur das offenlegt, wozu sie durch politische Vorgaben gezwungen wird.

Der RBB hat zumindest versucht, einen klaren Schnitt zu ziehen und die teuren Alt-Verträge zu beenden. Er war dabei nicht ganz erfolgreich. Im Fall der früheren Justiziarin Susann Lange etwa sah ein Gericht die Sittenwidrigkeit als erfüllt an. Die umstrittene Ex-Intendantin Patricia Schlesinger hingegen und nun Nothelle können ihre Verträge erfolgreich verteidigen. Damit wird die Verschwendungsangst der früheren Spitze den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch Jahrzehnte belasten. Stemmen muss es – versteht sich – der Beitragss Zahler.

Seite 2

Den Autor erreichen Sie unter: hagen.eichler@mz.de

KOMMENTAR

Behinderte brauchen Systemwechsel



LISA GARN fordert Inklusion auch durch den Wandel in der Gesellschaft.

Es waren lange und schwierige Verhandlungen: Nun soll die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen neu aufgestellt werden, der Landesrahmenvertrag steht vor der Unterzeichnung. Die Neuauflistung ist nichts weniger als ein Systemwechsel. Und es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die Umsetzung in einigen Bereichen zunächst schwierig sein wird. Dennoch ist die Neuauflistung nötig.

Mit der Kündigung des vorigen Rahmenvertrages wollte das Land den Wechsel forcieren: Teilhabe und Integration sollen besser werden. Tatsächlich hatte der Staatenbericht der UN-Behindertenrechtskonvention gezeigt, dass zu wenig individualisierte Leistungen angeboten werden, dass der Übergang von Wohneinrichtungen zum ambulanten

Wohnen und von Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wenig gelingt.

Träger sind sich in den Zielen mit dem Land einig. Doch über den Weg dahin bleibt Uneinigkeit. Es werden hohe Erwartungen geweckt, die so schnell nicht erfüllt werden.

Sind Rahmenbedingungen, die nicht passen: Zu wenig Betriebe sind offen für die Beschäftigung behinderter Menschen, es ist unklar, ob genug geeigneter Wohnraum für mehr Selbstbestimmung zur Verfügung steht. Es wird also auch darauf ankommen, dass sich eine Gesellschaft wandelt: Weg von Exklusion in Sondereinrichtungen hin zu tatsächlicher Inklusion.

Seite 3

Die Autorin erreichen Sie unter: lisa.garn@mz.de

KOMMENTAR

Experiment ist gescheitert



MATTHIAS FRICKE sieht die Cannabis-Legalisierung skeptisch.

Nach mehr als einem Jahr des neuen Cannabis-Gesetzes dürfte klar sein, dass dieses Experiment der alten Bundesregierung kläglich gescheitert ist. Viele Experten haben damals eindringlich davor gewarnt, die Büchse der Pandora zu öffnen. Nun steht sie weit offen.

Die Zahl der psychischen Erkrankungen steigt weiter, der Konsum hat eher zugenommen und der Schwarzmarkt floriert. So wie es Drogenfahnder lange vorhergesagt haben. Es ist nur eines gesunken: die Zahl der registrierten Straftaten – klar, sie zählen nicht mehr als Drogendelikt. Das alles dient nur dem verschönern der Kriminalitätsbilanz, mehr nicht. Dafür ist der Polizei die Aufklärung des illegalen Drogenhandels wesentlich erschwert worden. Noch vor ein-

einhalb Jahren bestand beim Erwischen mit 25 Gramm Cannabis an den einschlägigen Drogen-Umschlagplätzen der Verdacht des illegalen Handels. Das ist nun nicht mehr so einfach. Das damalige Hauptargument, den Schwarzmarkt eindämmen zu wollen, ist in das Gegenteil verkehrt worden.

Was bleibt? Die Mitglieder der wenigen neuen Anbauvereine stöhnen über die Bürokratie, die Behörden beklagen einen Wust an Mehrarbeit, die Ärzte stellen eine Zunahme der psychischen Erkrankungen fest und die Nutznießer aus der Organisierten Kriminalität klatschen in die Hände. Es wird allerhöchste Zeit, dieses Gesetz auf den Prüfstand zu stellen.

Seite 2

Den Autor erreichen Sie unter: politik.redaktion@mz.de

WORTWÖRTLICH

Markus Söder

„Also alle bayrischen Landwirte sind doof? Ganz Bayern ist doof. Die Automobilindustrie ist doof, alle sind doof, ja?“

Der bayrische Ministerpräsident (CSU) weist bei „Caren Miosga“ Kritik an Verbrenner-Aus und Agrardiesel-Subventionen zurück.

FOTO: DPA

KALENDERBLATT

9. Dezember 1951

Landesgründung: Die Mehrheit der Menschen in den drei Bundesländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden stimmt nach einem erbitterten Streit schließlich für eine Vereinigung ihrer Länder. Gegründet wird Baden-Württemberg dann am 25. April des Folgejahrs.

Firmen an der Belastungsgrenze

Die Bundesregierung tut zu wenig, um die Insolvenzwelle zu stoppen.



„Die aktuelle Insolvenzwelle hat nichts mehr mit Corona zu tun.“

Steffen Höhne
Wirtschaftsredakteur

rufzahlen für Teile von Verbrennungsmotoren zurück, gleichzeitig kommt der E-Auto-Markt nicht in Schwung. Wenn Volkswagen einen Arbeitsplatz in Deutschland streicht, dann fallen bei den Zulieferern gleichzeitig zwei weg. Einige Firmen halten das nicht aus.

Doch es gibt auch andere Gründe, die nichts mit internationalen Märkten zu tun haben. So machen etwa kleinere Bäcker, Gaststätten und Händler reihenweise dicht, weil die gestiegenen Kosten, etwa für Energie oder durch den Mindestlohn, nicht mehr mit den Erlösen gedeckt werden können.

Die Bundesregierung versprach, mit einem „Herbst der Reformen“ die Probleme anzugehen. Und es wird auch mit sinkenden

Netzentgelten und einer Streichung der Gaspeicherumlage an einigen Stellschrauben gedreht. Doch die Effekte sind gering. Gleichzeitig wird akzeptiert, dass die EU sämtliche russische Gaslieferungen einstellen will, was wieder Druck auf die Preise ausübt.

In einer komplizierten Welt ist ein großer politischer Wurf schwer. Soll die Insolvenzwelle gestoppt werden, braucht es aber ein klares politisches Bekenntnis: Die Bundesregierung darf durch ihre Entscheidungen die Kosten für die Firmen nicht weiter erhöhen. Vor allem bei der SPD fehlt bisher diese Einsicht.

Seite 1

Den Autor erreichen Sie unter: steffen.hoehne@mz.de

FRÜHER KONNTE MAN WENIGSTENS NOCH SAGEN: "WIR HOLEN JETZT UNSEREN GROßen BRUDER!"



KARIKATUR: MARTIN ERL

LESERBRIEFE

Warten bis zum ersten Toten

Zu „Was hilft gegen die Chaos“

MZ vom 21. November

Die Innenministerin Zieschang möchte mehr Sicherheit mit weniger Polizei. Geht es nach ihr, sollen Vereinsvertreter, Fanprojekte und Sicherheitsbehörden künftig enger zusammenarbeiten, um die Sicherheit in Stadien zu erhöhen.

Sorry, daran arbeiten wir seit Jahren, ohne Besserung der Situation! Angeblich handelt es sich nur um eine kleine Gruppe, die sich nicht benehmen kann. Ja, das stimmt sicherlich, aber den Hundert Chao-

tenschauen Tausende Leute zu, ohne einzutreten! Die Innenministerkonferenz zeigt erneut, dass die Politiker, der Fußballverband, die Club-Vorstände und die meisten Club-Mitglieder nicht bereit sind, aus den Randale Konsequenzen zu ziehen und die Chao-

ten aus den Stadien zu weisen.

Bei der letzten Randale im HFC-

Spiel gegen Chemie Leipzig waren

es 480 Polizisten (Warum bezah-

len nicht endlich die Clubs die

Polizeiaufgebote, wie in Bremen),

dutzende Ordner und einige HFC-

Fans, die sich zwischen die Chao-

ten und den Chemie-Spieler ge-

stellt haben! Es gab „nur“ zwei Ver-

letzte. Es folgte eine Geldstrafe von

32.150 Euro für den HFC und eine von 21.720 Euro für Chemie Leipzig, aber kein Stadionverbot. Politiker, Fußballverband, Club-Vorstände und die meisten Club-Mitglieder wollen keine Konsequenzen. Man wartet auf den ersten Toten!

Jörg Schmidt, Halle

Neuauszählung stärkt Vertrauen

Zu „BSW scheitert mit Einspruch zur Wahl“

MZ vom 2. Dezember

Gleich in den ersten Tagen nach der Wahl wurde auf die Unregelmäßigkeiten durch das BSW hingewiesen. Es war zeitlich also möglich, eine Nachzählung anzuregen, und der „Einblick“ in die Unregelmäßigkeiten wurde auch öffentlich kommuniziert. Der Wahlprüfungsausschuss flüchtet sich bei seiner Begründung in eine Einzelfallbetrachtung oder verweist darauf, statistische Auffälligkeiten könnten für sich genommen noch keine Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts begründen.

Es ist aber schlachtweg unrealistisch, für die hier nötigen Stimmen konkrete Geschehnisse aufzuführen, die die Fehlzählungen belegen können, da dem BSW kein

Akteneinsichtsrecht zusteht. Damit ist das Beweismittel der Nachzählung fast ausgeschlossen.

Da eine solche Häufung von Unregelmäßigkeiten festgestellt wurde, kann man eine Neuauszählung für nötig erachten, um auch das Vertrauen in den demokratischen Prozess zu stärken.

Steffi Gärtner, Salzatal

Noch zu viele Flüchtlinge

Zu „Weniger Geld für Ukrainer“ und zum Kommentar „Kostspielige Symbolpolitik“

MZ vom 24. November

Bei der geplanten Neuregelung zur Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine darf es nicht bleiben. Sie sollte auf alle Menschen, die hier noch nie gearbeitet haben ausgeweitet werden. Auch vor dem Hintergrund, dass immer noch zu viele Flüchtlinge den Weg nach Deutschland finden.

Dabei geht es nicht nur um Einsparungen, sondern auch um Gerechtigkeit den betroffenen Arbeitslosen gegenüber, die oft schon viele oder auch wenige Jahre vorher hier gearbeitet haben. Die Kritiken von Frau Möbbeck und des Reporters in der MZ halte ich für falsch.

Wolfgang Weber, Halle

Mitteldeutsche Zeitung Naumburger Tageblatt

Unabhängig • Überparteilich
Liebe Leserin, lieber Leser,
haben Sie Fragen zum Abo oder
Anregungen oder Kritik zur
aktuellen Ausgabe?
Ihr Leserservice der Mitteldeutschen
Zeitung hilft Ihnen gern weiter.

Aboservice
Mo-Fr 7-18 Uhr, Sa 7-12 Uhr,
Telefon: 0345 565 54 54
Online-Leserservice
www.nt.de/service

Kontakt zur Redaktion

Mo-Fr 10-18 Uhr,
Telefon: 0345 565 50 00

Digitale Angebote

Mo-Fr 7-18 Uhr, Sa 7-12 Uhr,
Telefon: 0345 565 27 00

Chefredakteur: Marc Rath | Stellvertretender Chefredakteur: Kai Gausemann | Mitglieder der Chefredaktion: Axel Ehrlich (Leitung zentraler Newsdesk), Gero Hirschmann (CV Digital), Christian Eger | Sport: Fabian Wölfing | Entwicklung/Neue Medien/ Sonderprojekte: Jessica Quick (alle verantwortlich) | Foto/Video: Andreas Stedtler | Produktion: Bernd Martin

Regionale Redaktion Naumburg Nebra
Harald Boltze (Leitung), Michael Heise (Stellvertreter)

Verlag und Regionale Redaktion
Geschäftsführer: Olaf Döring, Björn Steigert
Zeitungsvorlag Naumburg Nebra GmbH & Co. KG, Salzstraße 8,
06618 Naumburg
Postanschrift: Salzstraße 8,
06618 Naumburg

E-Mail: naumburger.tageblatt@nt.de

Internet: www.nt.de

Verlag
Telefon: 03445-230 78 30,
Fax: 03445-230 78 39

Redaktion
Telefon: 03445/230 78 10,
Fax: 03445-230 78 19

Mantelredaktion: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung, GmbH & Co. KG, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle

Anzeigen: Media Mitteldeutschland GmbH, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle (Saale), verantwortlich lokal: Stephan Schulle, verantwortlich national: Sebastian Mühlenkamp

Druck: MZ Druckereigesellschaft mbH, Fiete-Schulze-Str. 3, 06116 Halle

Der reguläre mt. Bezugspreis beträgt für die gedruckte Zeitung inkl. digitaler Inhalte 49,95 Euro (inkl. Botenzustellung und MwSt.), bei Lieferung durch die DPAG 57,45 Euro. Gültige Anzeigenpreisliste: MZ Nr. 35 vom 1. Januar 2023

Die auf dieser Seite veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Es besteht kein Anspruch auf eine Veröffentlichung.

Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Leserbriefen das Recht zum Kürzen vor.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. infolge von Streik besteht kein Entschädigungsanspruch.

STIMME DER ANDEREN

USA wollen Europa schwächen

„de Volkskrant“ aus den Niederlanden zu den USA: